



Nr. 43

31. Oktober 2013

## Inhalt

[„Staatsallianz“ fordert Kurskorrektur im öffentlichen Dienst -](#)

[Dauderstädt warnt vor Staatsverdrossenheit](#) +++

[Öffentlicher Dienst braucht Integrationsoffensive](#) +++

[dbb auf internationaler Arbeitsschutzmesse A+A 2013 vertreten](#) +++

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW-Protestaktion am Rande der Ministerpräsidentenkonferenz](#) +++

[dbb m-v kritisiert Empfehlung des Finanzausschusses zur](#)

[Besoldungsanpassung](#) +++

[DSTG-Chef: „Auf die achten, die sich in Schweizer Bergen verstecken“](#) +++

[DPoIG fordert: Vorratsdatenspeicherung beschließen](#) +++

[VBB mahnt: Korrektur erforderlich](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

## „Staatsallianz“ fordert Kurskorrektur im öffentlichen Dienst - Dauderstädt warnt vor Staatsverdrossenheit

**(dbb) Aus Sorge vor wachsender Staatsverdrossenheit des öffentlichen Dienstes haben sich dbb beamtenbund und tarifunion, Deutscher Bundeswehrverband und Deutscher Richterbund als führende Interessenvertretungen der Beschäftigten zu einer „Staatsallianz“ zusammengeschlossen und eine Kurskorrektur bei Einstellungs-, Bezahlungs- und Arbeitsbedingungen gefordert.**

„In einem Moment, in dem in Deutschland die politischen Weichen neu gestellt werden, mahnen wir eine dringend notwendige konsequente Stärkung des öffentlichen Dienstes an“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich der Vorstellung des Staatsallianz-Papiers „10 Thesen für einen starken öffentlichen Dienst“

([http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2013/131028\\_staatsallianz.pdf](http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2013/131028_staatsallianz.pdf))

am 28. Oktober 2013 in Berlin. Beamte, Soldaten, Richter, Staatsanwälte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst sicherten die staatliche Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland. Sie stellten die äußere und innere Sicherheit her und garantierten gleichwertige Lebens-, Rechts- und Standortbedingungen, so Dauderstädt.

All das sei nun „aufgrund von Sparrunden, Privatisierungswellen und Reformaktionismus in akuter Gefahr. Motivation und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sind stark beschädigt, unter den Staatsdienern macht sich Staatsverdrossenheit breit“, warnte der dbb Chef. „Wir brauchen umgehend eine Kurs-

korrektur, wenn Deutschlands öffentlicher Dienst auch in Zukunft dafür sorgen soll, dass dieses Land an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr funktioniert“, forderte Dauderstädt. „Mit Geduld und Leidenschaft der Beschäftigten allein ist kein Staat mehr zu machen – das Maß des Erträglichen ist voll. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen endlich einsehen, dass es öffentliche Dienstleistungen nicht zum Nulltarif gibt.“

In ihrem Thesenpapier fordern die Verbände insbesondere eine Stärkung des Berufsbeamtentums und eine Korrektur der Föderalismusreform, die zu einem Auseinanderdriften der Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst geführt hat. Zudem erwarten die Gewerkschaften nachhaltige Maßnahmen, um dem Personal- und Fachkräftemangel zu begegnen. Eine klare Absage erteilen sie Bürgerversicherung und gesetzlich festgeschriebener Tarifeinheit. Gefordert werden zudem eine Lösung der Altschuldenproblematik und eine nachhaltige Sicherung der Alterseinkommen.

(01/43/13)

## Öffentlicher Dienst braucht Integrationsoffensive

**(dbb) Der öffentliche Dienst, mit über viereinhalb Millionen Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Deutschland, hinkt beim Anteil von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung hinterher. Denn obwohl jeder fünfte Bürger einen Migrationshintergrund hat, gilt dies nur für knapp zehn Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.**

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt mahnt deshalb eine Integrationsoffensive an. Der „Stuttgarter Zeitung“ (Ausgabe vom 28. Oktober 2013) sagte Dauderstädt: „Der öffentliche Dienst sollte sich in einer Parallelität zur Gesellschaft bewegen.“ Dies sei stellenweise in einem vernünftigen Umfang gegeben – in anderen Bereichen gar nicht. „Insofern gibt es ein gewisses Defizit.“ So gebe es in Berlin

Schulklassen, in denen die Kinder zu 80 Prozent einen Migrationshintergrund hätten. Da sei es sinnvoll, dass die Lehrer aus den gleichen kulturellen Räumen kämen wie die Schüler. „Die Potenziale in unserer Gesellschaft auch bei den Migranten sollten ausgeschöpft werden – da sind wir an der Spitze der Organisationen, die das unterstützen“, sagte der dbb Chef.

Die bisherige Bundesregierung habe „vielleicht zu spät angefangen, sich des Themas anzunehmen“, monierte Dauderstädt. Als Teil der Demografiestrategie hätte sich eine Arbeitsgruppe konkret mit Migration auseinandergesetzt. Somit gebe es eine Fülle von Initiativen und Kooperationen. Eine Initiative präsentiert sich auf der Internetplattform [www.wir-sind-bund.de](http://www.wir-sind-bund.de). Dort spricht die Bundesverwaltung gezielt junge Menschen aller Nationalitäten an, um ihren Blick auf mehr als 130 Ausbildungsberufe zu lenken. Solche Anstöße würden in der Zukunft noch mehr Bedeutung bekommen, sagte der dbb Chef. Von heute auf morgen könne der Prozess aber nicht verändert werden.

Weil die Gesellschaft altert, sind in den nächsten Jahren mehr als 700.000 Stellen im öffentlichen Dienst neu zu besetzen. „Wenn man den fehlenden Nachwuchs aus der deutschsprachigen Bevölkerung nicht mehr rekrutieren kann

und es genügend qualifizierten Nachwuchs aus dem Migrationssektor gibt, wäre man schlecht beraten, dies nicht zu nutzen“, sagte Dauderstädt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen seien längst geändert. Das Bundesbeamtengesetz lasse eine Berufung ins Beamtenverhältnis für Bürger aus Westeuropa und bei bilateralen Abkommen seit Jahren zu. „Die Wirklichkeit sieht anders aus“, räumte der dbb Bundesvorsitzende ein. Hohe Hürden sieht er im Entscheidungsverhalten der Personalverantwortlichen. „Da muss man sicher dran arbeiten.“ Einiges spreche für anonyme Bewerbungen, die künftig verstärkt genutzt werden sollten. Dadurch werde die Vorauswahl neutralisiert. Starre Migrantenquoten hingegen lehne der dbb ab. Dies würde dem verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz, wonach öffentliche Ämter nur bei entsprechender Eignung und Leistung vergeben werden dürfen, nicht gerecht.

(02/43/13)

## dbb auf internationaler Arbeitsschutzmesse A+A 2013 vertreten

**(dbb) Die A+A ist die weltweit größte und wichtigste Fachmesse für alle Facetten von Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit. Der dbb ist dort vom 5. bis 8. November 2013 in Düsseldorf mit einem eigenen Stand vertreten, um über Arbeitsschutz im öffentlichen Dienst zu informieren. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Gewalterfahrungen und Gewaltprävention im Rettungsdienst.**

Gewalt und Aggression machen auch vor Helfern nicht Halt, zunehmend sind auch Rettungskräfte von tätlichen Angriffen betroffen. Daher bietet der dbb auf der diesjährigen A+A ein Seminar an, bei dem ein entsprechendes Präventionskonzept der Feuerwehr Düsseldorf vorgestellt wird. Es wurde erarbeitet, nachdem es in der Düsseldorfer Altstadt im Anschluss an ein Fußballspiel zu Ausschreitungen kam, in deren Folge zahlreiche Einsatzkräfte von Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr attackiert und zum Teil verletzt wurden. In dem Seminar soll außerdem erörtert werden, ob und wie orts- und länderübergreifend abgestimmte Schutzkonzepte entworfen werden können.

Neben dem Seminar bietet der dbb viele weitere Informationen zum Thema Arbeitsschutz im

öffentlichen Dienst an. So wurden beispielsweise die Flyer für die Arbeitsbereiche Krankenhaus, Polizei und Justiz, Feuerwehr, Verwaltung sowie Schule überarbeitet und um einen Flyer für den Bereich Straßenbetriebsdienst ergänzt. Zudem stehen Mitarbeiter des dbb und des dbb Mitglieds BTB - Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft als Ansprechpartner bereit.

Die A+A findet im zweijährigen Turnus in Düsseldorf statt. Der dbb ist als aktives Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit e.V. nach 2011 bereits zum zweiten Mal auf der Messe vertreten. In diesem Jahr werden insgesamt etwa 1.600 Aussteller aus 54 Ländern erwartet.

(03/43/13)

## *Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften*

## **BBW-Protestaktion am Rande der Ministerpräsidentenkonferenz**

**(dbb) Mit einem Pfeifkonzert und Buhrufen haben Vertreter des BBW – Beamtenbund Tarifunion am 24. Oktober 2013 die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer auf ihrem Weg in das Kongresshaus Stadthalle Heidelberg empfangen, wo die Jahreskonferenz der Regierungschefs stattfand. Anlass für diese Protestaktion war die Sparpolitik der Länder zu Lasten der Beamtinnen und Beamten, bei der Baden-Württemberg einen Spitzenplatz einnimmt.**

Buhrufe und Pfiffe erteten nahezu alle Regierungschefs. Lediglich Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer wurde mit Beifall bedacht, weil der Freistaat das einzige Flächenland ist, das das Tarifiergebnis für die öffentlich Beschäftigten der Länder zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen hat.

Die Zahl der Demonstranten war bewusst auf 50 begrenzt worden, um die Jahreskonferenz nicht zu behindern. „Dem BBW ging es lediglich darum öffentlich zu machen, dass die Beamten und Pensionäre in Baden-Württemberg

mit der Politik der Landesregierung nicht einverstanden sind, insbesondere mit Plänen von Ministerpräsident Kretschmann, mit Hilfe der anderen Landesregierungen das Alimentationsprinzip aufzuweichen“, erklärte der Landesbund. Auf Transparenten und Spruchbändern konnten die eintreffenden Regierungschefs der Länder lesen, was Beamte und Pensionäre in Baden-Württemberg seit Monaten immer wieder zum Protest auf die Straße treibt. Zudem verteilten BBW-Vertreter Handzettel.  
(04/43/13)

## **dbb m-v kritisiert Empfehlung des Finanzausschusses zur Besoldungsanpassung**

**(dbb) Als „auf ganzer Linie enttäuschend“ hat der dbb mecklenburg-vorpommern die Empfehlung des Finanzausschusses zur Besoldungsanpassung bezeichnet. „Nachdem von den Fraktionen der Regierungskoalition signalisiert wurde, dass man den Kompromissvorschlag der Gewerkschaften ernst nimmt und darüber diskutiert, ist man nun marionettenhaft wieder auf die Argumentationen des Finanzministeriums eingeschwenkt“, kritisierte dbb Landeschef Dietmar Knecht die Beschlussempfehlung vom 24. Oktober 2013. Damit werde ein weiterer Schritt in Richtung Demotivation der Betroffenen getan.**

Angesichts jüngster Meldungen aus dem Schweriner Finanzministerium über Steuerermehreinnahmen in Milliardenhöhe halte der dbb m-v seine Forderungen für durchaus angemessen und realistisch. „Wenn der Landtag im Sinne der Beschlussempfehlung abstimmt,

nimmt er den Beamten und Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst die Möglichkeit, gemeinsam für notwendige Verbesserungen zu kämpfen, und spielt sie gegeneinander aus“, so Knecht.  
(05/43/13)

## **DSTG-Chef: „Auf die achten, die sich in Schweizer Bergen verstecken“**

**(dbb) In Kürze soll die 5. Strafkammer beim Landgericht München II entscheiden, ob das Steuerstrafverfahren gegen Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern und Börsenspekulant, eröffnet wird. Ihm wird Steuerhinterziehung im Umfang von 3,2 Millionen Euro vorgeworfen.**

Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize, sagte der „Leipziger Volkszeitung“ (Ausgabe vom 29. Oktober 2013): „Die Öffentlichkeit soll und muss sehen, wie im Fall von Steuerhinterziehung gearbeitet und getrickst

wird. Von einem Kavaliersdelikt bei Steuerhinterziehungen sprechen viele schon nicht mehr.“ Die Schweiz knacke sogar ihr Steuergeheimnis. „Das verursacht mittlerweile viele Schweißperlen auf der Stirn bestimmter reicher Kreise. Und das ist gut so.“

Die strafbefreiende Selbstanzeige von Steuer-sündern muss nach Eigenthalers Meinung ge-rechter gestaltet werden. „Ich schlage vor, ab 50.000 Euro Steuerhinterziehung muss Schluss sein mit einer Strafbefreiung durch Selbstan-zeige. Außerdem sollte die Bedenkzeit zur Selbstanzeige auf zwei Jahre begrenzt wer-den.“ Der Steuervollzug, so Eigenthaler weiter, müsse verbessert werden. „Es darf sich künftig

niemand mehr in die Büsche schlagen können zu Lasten der ehrlichen Steuerzahler. Da er-warte ich von der großen Koalition ein Signal, dass hier nachjustiert wird. Man darf nicht immer zuerst beim ehrlichen Steuerzahler draufsatteln, sondern muss ganz scharf auf die achten, die sich in die Ecke geschlagen oder sich in den Schweizer Bergen versteckt ha-ben.“  
(06/43/13)

## **DPoIG fordert: Vorratsdatenspeicherung beschließen**

**(dbb) Anlässlich der laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) gefordert, „die Vorratsdatenspeicherung von Verbindungsdaten endlich auf den Weg zu bringen“. Bisher ist dieses Thema bei den Koa-litionsgesprächen außen vor geblieben.**

Bundeschef Rainer Wendt sagte am 31. Oktober 2013 in Berlin: „Die Union ist schon lange dafür, die Speicherung von Tele-kommunikationsdaten für wenigstens sechs Monate einzuführen, von der SPD hat man vor der Wahl keinen lautstarken Protest dagegen vernommen. Der Bremser bei dem wichtigen sicherheitspolitischen Vorhaben, die FDP, ist erst mal weg. Einer Einführung steht also nichts mehr im Weg.“ Die Ermittler brauchten

die Verbindungsdaten, um schwere Straftaten aufklären zu können.

Wendt betonte: „Wohlgemerkt: Es geht hier nicht um leichte Straftaten, sondern um Mord, organisierte Kriminalität oder Kindermiss-brauch. Deshalb brauchen wir die Vorratsda-tenspeicherung, damit schlimme Verbrecher nicht weiter frei herumlaufen.“  
(07/43/13)

## **VBB mahnt: Korrektur erforderlich**

**(dbb) Mit Blick auf die angelaufenen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD und die in Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen auch behandelten Themen Au-ßen- und Sicherheitspolitik hat der Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) Korrek-turbedarf im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform angemahnt.**

So sei es dringend geboten, auch die getroffe-nen Entscheidungen zur Auslagerung der Per-sonalabrechnung und die Herauslösung der Dienstreiseabrechnung aus dem Gesamtkom-plex Travelmanagement und Abgabe an das Bundesministerium des Innern einer Überprü-fung zu unterziehen, erklärte der VBB am 25. Oktober 2013.

Der Verband habe deshalb die Vorsitzenden von CDU, CSU und SPD sowie deren Fraktions-vorsitzenden beziehungsweise die Vorsitzende der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bun-destag per Brief gebeten, im Interesse einer funktionsfähigen Bundeswehrverwaltung Fehl-entwicklungen entgegenzuwirken.

„Die in der vorangegangenen Legislaturperiode eingeleitete Bundeswehrreform sollte auf der Grundlage der bereits gesammelten Erfahrun-gen nachjustiert werden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bislang wesentliche Teile der Reform noch nicht umgesetzt sind“, heißt es in dem Schreiben. So dürfe bei der Neuausrich-tung der Bundeswehr das Prinzip „Service aus einer Hand“ auch bei der Personalabrechnung nicht aufgegeben werden. Auch die bundes-wehrinterne Trennung von Dienstreiseplanung und Dienstreiseabrechnung habe sich nicht bewährt.  
(08/43/13)

## **Namen und Nachrichten**

(dbb) Die baden-württembergische Landesregierung will den rund 500.000 Beschäftigten bei Land und Kommunen die höheren Spesensätze verweigern, die vom kommenden Jahr an in der Privatwirtschaft gelten. Das Tagegeld für kurze Dienstreisen solle auf dem jetzigen Stand von sechs Euro eingefroren werden, bestätigte ein Sprecher des Finanzministeriums den „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 30. Oktober 2013). Der BBW kritisierte das Vorhaben scharf. „Das Tagegeld ist seit Jahrzehnten nicht erhöht worden, obwohl die Verpflegungskosten deutlich gestiegen sind“, sagte Beamtenbund-Landeschef und dbb Vize **Volker Stich** der Zeitung. Der Plan lasse die notwendige Wertschätzung insbesondere jener Mitarbeiter vermissen, die oft auf Dienstreisen seien und ihre Mehraufwendungen, die über das Tagegeld von sechs Euro hinausgingen, aus eigener Tasche bezahlen müssten.

Der Niedersächsische Beamtenbund NBB ist Aussagen von Landesinnenminister Boris Pistorius entgegengetreten. Dieser hatte in einer Landtagsdebatte am 30. Oktober 2013 gesagt, die Gewerkschaften hätten das Vorhaben zum Aufbau einer künftigen Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung ausdrücklich begrüßt. Dazu sagte NBB-Landesvorsitzender **Friedhelm Schäfer**: „Der NBB hat die Überlegungen der Landesregierung zum Aufbau der zukünftigen Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung nicht ausdrücklich begrüßt und erst recht nicht gelobt.“ Bei der ersten und bisher einzigen Informationsrunde zu diesem Thema am 22. Oktober 2013 habe der NBB „eine Reihe von Fragen“, insbesondere zu konkreten Folgen für das betroffene Personal, gestellt. „Diese Fragen sind bis zum heutigen Tag nicht beziehungsweise nicht hinreichend beantwortet. Erst nach der Beantwortung dieser Fragen wird der NBB eine Bewertung des Vorhabens vornehmen“, machte Schäfer klar.

Beim dbb hamburg ist das „Chaos beim Bezirklichen Ordnungsdienst (BOD)“ auf Kritik gestoßen. „Durcheinander in der Abstimmung, wie es mit dem BOD weitergehen soll, Angst bei den Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze, die Bezirke wollen den BOD loswerden und der Senat schaut zu“, konstatierte der dbb Landesvorsitzende **Rudolf Klüver** am 25. Oktober 2013 zur Lage der knapp 100 Beschäftigten. So gehe man nicht mit seinen Mitarbeitern um. „Der Senat muss jetzt dringend tätig werden,

und zwar im Sinne der BODler“, forderte Klüver. „Die Gewerkschaften sind gern bereit dabei zu helfen, das Chaos zu beenden, aber wir entlassen den Senat bei der grundsätzlichen Lösung des ‚Problems‘ nicht aus der Verantwortung“.

Das Tutzingener Netzwerk für Schule und Lehrer hat zu seiner diesjährigen Fachtagung am 11. und 12. November 2013 in die Evangelische Akademie Tutzing eingeladen, die das Thema „Frust oder Führung? – Eine Annäherung aus verschiedenen Perspektiven“ behandeln soll. Das Tutzingener Netzwerk für Schule und Lehrer besteht seit dem Jahr 2000 und ist eine Kooperation zwischen **VBE** Bundesverband, dem bayerischem Landesverband BLLV und der Evangelischen Akademie Tutzing. Es befördert den Dialog zwischen Lehrerinnen und Lehrern, Schulleitungen, Eltern, Erziehungswissenschaftlern, Lehrerbildnern und Bildungspolitikern. Gute Führung ist mehr denn je auch an der Schule gefragt. Die 14. Tagung des Tutzingener Netzwerks für Schule und Lehrer thematisiert daher die Führungskompetenzen in Bildungseinrichtungen und bietet zugleich den Einblick in andere Bereiche, heißt es in der Einladung.

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat Heinrich Cotta, den Begründer der Forstwissenschaft, anlässlich seines 250. Geburtstages am 30. Oktober gewürdigt. Cotta habe die geregelte Forstwirtschaft begründet, die erste Forstakademie aus der Taufe gehoben und sich so vor allem um die Ausbildung verdient gemacht. Die Idee von der forstlichen Nachhaltigkeit habe er mit Leben erfüllt und weiterentwickelt. Weltgeltung als Forstwissenschaftler erlangte Cotta mit der Übersiedlung seiner Forstlehranstalt ins sächsische Tharandt 1811. Diese wurde 1816 zur Forstakademie erhoben und ist damit die zweitälteste Forsthochschule der Welt. Der BDF-Bundesvorsitzende **Hans Jacobs** würdigte Cotta als „Begründer der modernen, nachhaltigen Forstwirtschaft und Forstwissenschaft“ und wies darauf hin, dass heute die Bewirtschaftung des Waldes mit all seinen Funktionen nur mit einer adäquaten Personalausstattung gelingen kann. „Wenn wir dies nicht aus dem Blick verlieren, können wir das Erbe von Cotta verantwortungsvoll weiterführen“, so Jacobs.

(09/43/13)

